

Inhaltes. S. Biener, Zeitschr. für gesch. R. u. W. V, 401 ff. und Blume, Rhein. Mus. f. Jur. VI, 386.

Dies Exemplar beginnt mit Isidor — Capitula Ex Isidori Junioris Hispalensis episcopi Etymologiarum lib. V. S. 3—30, aber mit der Bezeichnung auf jedem Blatte als Lib. Leg. Sal.; folgt dann 2) Pactum Pro Tenore Pacis dominorum Childeberti et Clotharii Regis S. 31, 32; 3) Decretio Clotharii Regis S. 33—36; 4) Sententiae De Septem Septenis hoc est particularibus causis S. 37; 5) Lex Salica S. 38—117 6) Decretum Childeberti Regis S. 118—124; 7) Recapitulatio Legis Salicae S. 124—127. Die Rehrseite ist leer. Alles von Nr. 2 an ebenfalls auf jedem Blatte als Lib. Leg. Sal. bezeichnet. 8) Lex Alamannorum auf 70 Seiten; folgt ein leeres Blatt. 9) Antiquae Burgundionum Leges auf 95 S. Die 96te Seite leer. 10) Ripuariorum Leges A Theodorico Rege Francorum latae auf 56 Seiten. 11) Antiqua Baiuvariorum lex auf 119 S. Die Rehrseite steht leer. Auf S. 96 und 97 steht als Rubrif zweimal Antiqua lex, anstatt Antiqua Lex Baiuvar. 12) Vetus Lex Saxorum S. 1—15, welches mit Art. 64 so-lidi duo et semis schließt. Die folgende Seite hat der Buchbinder verklebt. Den Nrn. 8—12 ist jedesmal ein besonderes Titelblatt vorgesetzt, zwar ohne Seitenzahl, jedoch eingezählt in die folgenden Seitenzahlen. Es würde dieß auch bei Nr. 1 der Fall sein, wenn nicht das von Biener a. a. O. S. 402 flg. beschriebene Titelblatt verloren gegangen wäre. Uebrigens stimmen beide Exemplare, das meinige und das Biener'sche genau überein, selbst in den Signaturen, Druckfehlern, ungleichen Schrift. Das Biener'sche Exemplar besitzt jetzt durch Vermächtniß die hiesige Universitätsbibliothek.

Leipzig.

Hänel.

Die neu aufgefundenen Maximilianische Malefizordnung für die Landeshauptstadt Raibach. Von Dr. Wilhelm E. Wahlberg, ordentl. Professor des Strafrechts zu Wien.

Der erste Maximilian erließ am 20. und 21. August 1514 zu Gmunden zwei Kriminalordnungen, eine für die Stadt Raibach, die mit der Tirolensis von 1499 fast wörtlich übereinstimmt und eine für Oesterreich ob der Enns, die in Zusammensicht mit dem Innsbrucker Ribell von 1518 der Krainer Landgerichtsordnung von

1535 zur Grundlage dient und in wesentlichen Punkten von der Tirolensis abweicht *). Vene erhebt das System der öffentlichen Strafen und der Inquisition von Amtswegen nicht bloß zur Regel, wie die Wormser Reformation von 1498, vielmehr zur ausschließenden Geltung, diese bleibt bei dem alten Anklageverfahren und der mehr privatrechtlichen Strafauffassung vorwiegend stehen. Die Verbreitung der Tirolensis außer Landes — in Ratolfszell 1506, in Laibach 1514, ist für den Gang der Maximilianischen Gesetzgebung um so bezeichnender, als dieselbe innerhalb Tirols nicht einmal für alle damaligen Bestandtheile der Grafschaft verbindlich war, im Trixener Gebiete nur als Imitative galt und in das kurz nach Erscheinen der Tirolensis an Tirol gekommene Pustertal, wie in die bairischen Herrschaften Rattenberg, Ritzbüchel, Ruffstein, welche ihr bairisches Landrecht oder die Buchsage behielten, nicht eingeführt worden ist. — Bei der literarischen Seltenheit der im Diplomatarium Carnolicum, I. Band, Laibach, 1855 abgedruckten Laibacher Malefizordnung vom 20. August 1514 dürfte hier eine vergleichende Mittheilung derselben nicht unwillkommen sein. —

Unser Rechtsdenkmal beginnt wörtlich übereinstimmend mit der Tirolensis, die Motive des neuen geschriebenen Malefizrechts und die Befetzung des Gerichts bezeichnend. Das Gericht besteht nach der T. M. O. aus dem Richter und „zwölff verstendig mann“ nach der Laib. M. O. aus dem Richter mit sammt dem Bürgermeister und Rathe.

Einen Bürgermeister erhielt Laibach, aus freier Wahl nach dem Vorbilde der Bürgermeisterwahl in den Städten des Fürstenthums Steyer hervorgehend, 1504. Was die Wahl des Richters und des Rathes betrifft, so führe ich hier nur aus dem Privilegienbuche der Stadt Laibach an, daß 1370 die „zwölff gesworn“ jährlich nach Gutdünken einen „erborn in der Stat gesetzten Man“ zu ihrem Richter erwählen, der streng gehalten ist, nicht „wider die alten recht vnnnd gewonhait“ zu handeln; daß dieser 1383 dem Vicedom zu Laibach „antwortet, der ihn dann bestet als Recht ist“ obgleich die freie Gerichtsbarkeit des Stadtrichters gewahrt bleibt und die Bürger nicht in die Hoffschranne geladen, beflagt und

*) Vgl. Bahberg, die Maximilianischen Halsgerichtsordnungen. Besonders abgedruckt aus Haimers österreichischer Vierteljahrsschrift IV. Bd. 1. H. Wien, 1859.

gerichtet werden dürfen, da sie „nindert sollen zu Recht steen dann vor Irem Stadtrichter“. Wegen eingerissener Unordnung und zerrüttender Zwietracht bei der Wahl des Richters und Rathes werden 1472 die Urwahlen beseitigt und fortan bis zum Jahre 1747 aus hundert der tauglichsten Bürger der Stadt jährlich Richter und Rath gewählt, an deren Stelle jedoch, wie der Erlaß von 1472 befiehlt, „wo sie untauglich sein sollten“, von dem Landeshauptmanne und Vicedome die „füglichsten“ ernannt werden konnten. Maximilian gebietet 1494 von jedem Richter „so vnnsere getrewe Rat vnnd gemainde ze Laibach dafelbs“ erwählen, Gelübde und Eid nach folgender Formel abzunehmen: „Ir werdet sweren, vnnserm Allergnädigsten Herrn dem Römischen Kunig getrew, gehorsam vnnd gewertig ze sein, seiner Kuniglichen Majestät Frommen zu betrachten vnnd Schaden nach Eurm vermögen fürzukommen, seiner gnaden Gericht treulich vnnd aufrichtiglich zu handeln vnnd zu verweisen, niemandts ze Vrgicht anzunehmen, es sey dann auf war anzaigen vnnd dem Armen als dem Reichen ain gleiches Recht ergeen ze lassen, vnnd darin nit Gab, Freundschaft, Feindschaft, noch ychts anders anzusehen. Als Ew. Got helf vnnd all Heiligen“. — Zahlreiche landesfürstliche Briefe gebieten in Beschirmung der stadtgerichtlichen Zuständigkeit sowohl dem Landeshauptmanne, wie dem Bischöfe von Laibach, die Ausübung der bürgerlichen Freiheiten und Gerechtsame nicht zu beeinträchtigen. Damit „das übl desterpas gestraft vnnd vnderkommen mag werden“, wird 1485 dem Richter und Rathe erlaubt, innerhalb des Stadtgerichtes und Burgfriedens (in dessen alterthümlichen Beschreibung das Bild gegeben ist, „so weit als ain Mann mit ainem Zandtstain werfen kann“) — jegliche Uebelthäter und schädliche Leute, seien es Christen oder Juden, gefänglich anzunehmen und zu strafen, als sich gebührt, selbst die Diener und Unterthanen des Kapitels und der Priesterschaft nicht ausgenommen, die nicht geweiht sind und im Burgfrieden außerhalb der gesfreieten Häuser betreten werden. Am 4. August 1513 schreibt Maximilian aus Dubenarde in Flandern dem Landeshauptmanne und Vicedom über Beschwerde des Bürgermeisters, Richters und Rathes zu Laibach, daß sie diese in „straffmäßigen sachen“ allein kompetente Obrigkeit nach „Iren Rechten vnnd Stattuten gestraffs vnnd ruelwiglich handeln lassen, vnnd Inen darin auf der Tätter vnnd schuldigen klagen kain Irrung noch eintrag“ thun mögen. Es begab sich oft,

daß sich die Beschuldigten und Verurtheilten, als ob ihnen Unrecht widerführe, vor dem Landeshauptmanne und Vicedom beklagten, darauf von diesen mittelst Befehl an die Magistratur der Vollzug der Strafen behindert wurde. Maximilian führt diesen ungebührlichen Eingriff in die städtische Rechtspflege mit dem Bedenken an, daß dieser Vorgang die Gefahr der Straflosigkeit der Schuldigen und noch den weiteren Umstand zur Folge haben würde, daß Jeder durch eine Beschwerdeführung an die inkompetente Behörde „in der Straff erledigung oder wenigist Irrung“ verlangen möchte, was sich weder gebühre noch an „anndern orten gewonhait“ sei.

Uebereinstimmend bestimmt Maximilian in der Tirolensis, wie in der Ratolfszeller und Laibacher M. D., daß die Untersuchung und Urtheilssällung bei verschlossener Thüre zu pflegen ist. Nur wenn „ainer oder aine würde Tres glimppfen, Eeren oder fügen beschulbigt, das sol altweg öffentlich durch Burgermaister, Richter vnnnd Rat gehört, Nachmals die vrtail mit verschlossener thür verfaßt, vnnnd den Parteyn öffentlich verkündt werden“. Die Rechtssprecher mußten schwören, „nach laut dis briefs vnnnd buchs sage“, vrtail zu geben. Die Laib. M. D. nahm jedoch die Bestimmung der Tirolensis nicht auf, daß die Räte dem Richter „altweg das treuest von herrschaft vnnnd obrigkeit wegen nach irem pesten versteen zuraten“. Im Uebrigen sind nachfolgende Absätze mit wenigen Varianten wörtlich gleichlautend:

Laib. M. D. — Wann ain Richter vmb händl das Blut vnnnd Mallefiz beruerendt, yemandt, Es sey Man oder Frauen, vahet vnnnd annehmen laßet, Soll er ainen ganzen Rat oder die maisten zu Ime erfordern (Tirol. spricht nur von „maisten vom Rat der Stat oder der Gesworn des Gerichts), denselben lautter anzeigen warumb die Person angenommen worden sey, vnnnd nachmals nach Rat derselben oder was das merer ist, mit der gefangen person, das sei mit frage oder in ander wege darauf handeln, vnnnd außers halben solchs durch sein selbst führenemen, thainerlay person gichtig fragen noch auslassen (Tir. kein person gichtigen noch fragen lassen).

Vnnnd so ain person durch das merer zu der frage vnnnd marter erkannt wird, vnnnd nyhts auf sich selber oder annder bekennet (Tir. bekannt), solle sich der Richter eigentlich darin erkunden, ob die person das aus forcht, Marter, oder Weindschaft auf sich selbst, oder annder bekennet hat, So sich dann aus derselben gichtigung erfinden tut (Tir. erfynndt), das die Inen (Im) selbst oder andern vnrecht getan, vnnnd nicht die warheit erkennt, noch gesagt habe (Tir. nicht die warhait gesagt hab), Alsdann soll Richter solchs an den Rat bringen vnnnd weiter nach Rat vnnnd erkantnuß des meren tails hiein sovil sich gepürt, voffsarn. So er aber ain person an warer tat mit handeln, diebstallen, Rau-

berey oder in anderwege Malefiz beruerendt, betreten wurde (Tir. betreten wurd) vnnnd nicht auf annder vngelumbt person bekennet, Alsdann ist nicht not ainicherlay weiters zu erkunden, vnnnd solches sol allwegen nach gelegenheit einer yeden sach vnnnd missetat, nach erkanntnus des meren tail des Rats ermassen, vnderwegen vnnnd dabey heseiben.

Wo ainer oder aine an die frag oder marter erkannt wirdet, Soll Richter Syhen oder Neun des Innern vnnnd äussern Rats ze Im nemen (Tir. Richter drey auß dem Rat oder von den Gsworn zu im nemen), dieselben person also in Irer vnnnd des Statschreibers gegenwertigkeit fragen, wie dan dermassen vorerkannt vnnnd beschloffen ist, vnnnd was der vbelthätig mensch also bekennet vnnnd bestet (Tir. bestät) Soll Statschreiber die vrgicht lautter aufschreiben, vnnnd Richter die mit samt denen, so er also zu Im nimbt, nachmals vberlesen, vnnnd so man dan darüber vrtailen will, die dem ganzen Rat auf vorlesen (Tir. den andern Räten oder Gsworn) vnnnd wan die Syhen oder Neun (Tir. drey) so dabey gewesen sein Zeugnus geben vnnnd die vrgicht, also zu sein anhelliglich bey Iren Ayden vor Burgermeister, Richter vnnnd Rat (Tir. vor Richtern vnnnd anderen Gschworn) bekennen, Alsdann ist desselben bekennen genug, vnnnd vnder den Syhen oder Neun (Tir. dreyen) soll ainer des Ersten vrtail angefragt, vnnnd geforst werden (Tir. angeforcht werden).

Ob auf aine oder mer person best anzeigen (Tir. pöse) oder Fezigt giengen, vnnnd nicht in der Stat Laybach sonder in andern Steten oder gericht Innere oder außere landts wisseten (die unterstrichenen Worte fehlen in der Tirol.), sol durch Rat vnnnd Richter in das andre gericht geschrieben, damit dieselben personen angenommen, vnnnd mit Ir wie vorgemelt ist, gehandelt werden. —

Ain yeder Mörder sol mit dem Rade gericht werden, Ain verätter geschleiff vnnnd gewiertailt, Rauber mit dem Schwerdt; Kirchenprückell, Brenner, Keger (fehlt in der KatoIfzell. M. D.), Felscher der Münze in Golt oder Silber mit dem Pramt.

Ob ain mann zwey weiber nem, oder ain weib zweien man, denselben man oder frauen zu erdrenken.

Ob ain person vertrauts gut wegfürt, oder ain gut zwayen, dreyen oder mer wissentlich oder gebarlichen verhauffet, oder versetzet, vnnnd nichts von der vordern versatzung meldung tut, die sollen auch ertrenkt werden.

Ob ainer ain frauen oder Junkfrauen Nothzwung, dadurch sie beraubt wurde Irer Ere (Tir. eeren) vnnnd dieselben anzeigen genugsam weren, da dadurch solchs von der frauen oder Junkfrauen nicht auss neyb oder hass, freundschaft oder Weindschaft miet oder gab beschehe, derselb soll erdrenkt werden.

Welcher ain Brwehde, so er vber sich geben hat, pricht, denselben mit dem Schwerdt zu richten, vnnnd ain Weispild zu erdrenken (Tir. ertrenden).

Welche frau ain Kind vertut, die soll lebendig in das Erdreich begraben, vnnnd ain Pfal durch sie geschlagen werden.

Welcher oder welche person ain falschen Eid schwert, derselben die jungen abzuschneiden, mit sambt den zwayen fingern damit sie geschworn hat.

Wer ain gelobten Frid bricht, on merklich vrsach, In dazu bewegende den selben mit dem Schwerdt zu richten.

der aber sonst ain gelobten Frid nit helt (Tir. sein anloben nicht halbt), den oder dieselbigen nach gelegenheit der sach an Leib vnnnd Gut zu straffen.

Welcher oder welche person Im self Tod tut, Seinen herrn verrät, Christenlichen glauben verläugnet, oder sein Vater vnnnd Muetter vmbbringet, vmb das er die erb, dessen feind Leib vnnnd gut versallen.

In genauester Uebereinstimmung sind die Artikel der Tiroler und Laibacher M. D. über Laycheray, Diebstahl, Todtschlag, nur bildet nach der ersteren beim Diebstahle die kritische Summe 25 „pfund perner“, nach der letztern 25 „welch Pfundt“ und fehlt in der Tirolensis die Satzung: „Wo sich ain Todtschleger nicht leibs notturft wern müst, oder derselben ainer oder mer sich mit des leiblosen freundschaft vertragen, denselben ist man von obrigkheit wegen nicht schuldig, Landtschuldung noch glait geben, Sonder wo die betretten, das sie mit Recht wie sich gepürt, vnverhindert sölcher vertrag gestrafft, dieselben auch nicht vnderhalten noch fürgeschoben werden, bei der straff gleich dem tätter“ *).

Während dieser Artikel in der Maximilianischen Landesordnung für Tirol vorkommt, aus welcher die Laibacher M. D. denselben geschöpft hat, nimmt die Tirolensis aus der „Landßfreihait“ einen Artikel von Wort zu Wort, betreffend die Strafen der Entführung, Verkuppelung, Verheirathung familienabhängiger Personen ohne Wissen und Willen des Verhabenen, der Eltern, des Ehemannes — und diesen Artikel druckt wieder genau die Laib. M. D. nach, statt des Wortes: „Landßfreihait“ das Wort „der Stat freyhait“ setzend. —

Auffallend ist das Auslassen des Artikels der Tirol. M. D. über betrüglisches Schuldenmachen und muthwillige Insolvenz, nach welchem der Schuldenmacher, dessen Schuld nicht 25 Pfund Verner überstieg, ein „gelbs Schehbl“ an seinem Rocke öffentlich zu tragen hatte bei sonstigem Pranger mit Landesverweisung, wovon jedoch Prelaten und Adelige „so ainer verdürb on sein schuld oder durch vnfal“ ausgenommen waren. Mit denselben Worten und gleicher Schonung wie die tirol. M. D. behandelt die Laib. M. D. die Gotteslästerer.

*) Dieser Artikel ist der Maximilianischen „Landßordnung“ von 1496 entlehnt. Vgl. Rapp in den Beiträgen zur Geschichte, Statistik u. s. w. von Tirol, V. Bd., Innsbruck 1829, S. 156.

In Ansehung der Reaktion Maximilians gegen das Unwesen der Absager bestimmt die Raibacher M. D. größtentheils gleichlautend mit der Tirolensis, daß ein jeder „Absager der prentt, mit dem Prannt oder sonnst mit dem Schwerte gerichtet“ werden und die gleiche Strafe den Begünstiger derselben treffen solle. „Wyn jeder, der ain Absager behaust, fürscheubt, vnnnd den nicht offenwart“, soll gleich den Absagern gestraft werden. Welcher aber „ainen Absager zuehret, das sey in gefengnuß zu gleichem Rechten zu bringen, oder in annder wege vnnnd des warlich vnnnd genugsamb vrsundt erscheint, ans vnserm vighumbamt in Grain oder von dem Aufschlage ze Raybach 400 gulden Rheinisch (fehlt ein Theil der Stelle der Tirol. über die Aufbringung des Denunzianten und Einbringerlohnes). Der aber die nit also ankeren möcht, Sonnder die auskundschaften oder dermassen angezeigt, das die durch Hauptmann, Pffleger oder Richter zu hannden pracht, dem soll 200 gulden Reiniß, doch das er des auch gnugsamb vrsachen darzu gegeben werden, dadurch der Absager muttwillig fürnemen vngestraft nicht bleibe“.

Wörtlich übereinstimmend sind die Artikel beider M. D. über den Fürkauß. Schon der erste Freiheitsbrief der Stadt Innsbruck (9. Juni 1239) spricht von Fürkauß als einer Art des Betrugs und läßt denselben mit einem Augsburger Pfund und 60 Pfening büßen. Dieselbe Geldbuße sollte das falsche Messen in Getraide, Tuch, wie im Gewichte, nach sich ziehen. Nach der Raib. M. D. verliert der Fürkäufer das vorgekaufte Gut und zahlt noch 25 Pfund „wellisch, — als oft das geschieht“. Wunderlich ist hierbei nur, daß die Raib. M. D. der Tirolensis auch den lokal unpassenden Passus nachschreibt: „Hierin nemen wir aus die Recht, ordnungen, erfindungen, vnnnd gesetz vnserer Bergwerth, das dieselben genzlich gesunder vnnnd ausgeschlosen“.

Wörtlich übereinstimmend sind die Artikel beider M. D. über die Form der Aburtheilung, über das Rathholen, das Brechen des Gerichtstades vor dem Rathhause, die Achtserklärung, die Gerichtskosten, die Strafe des Ungehorsams bei der Verfolgung der Uebeltäter. — Nur eine Anordnung der Tirolensis fehlt noch in der Raibacher M. D., die Vorschrift über die Thaterhebung und Einlieferung der Verbrecher durch jene Gerichte oder Pfflegen (die späteren sog. Schubgerichte), die nicht über das Blut zu richten hatten. — Am Schlusse der Malefizordnung für Raibach gebietet

Maximilian, daß Bürgermeister, Richter und Rath hierfür für ewige Zeit „nach laut dieser ordnung vrtailn, Richten vnnnd Proceß dirn“ sollen.

Nachrichten über juristische (insbesondere kanonistische) Handschriften in italienischen Bibliotheken. Von Dr. Paul Hinschius, Gerichtsassessor und Dozenten der Rechte zu Berlin.

Die nachstehenden Notizen sind auf einer in den Jahren 1860 und 1861 gemachten Reise entstanden, welche den Zweck hatte, das handschriftliche Material für die beabsichtigte Herausgabe einer bisher von diesem Gesichtspunkte aus noch nicht untersuchten, interessanten kirchenrechtlichen Sammlung herbeizuschaffen. Bei der Verfolgung dieses speziellen Zweckes mußten auch manche andere Handschriften untersucht werden, und so brachte ich neben den Arbeiten, auf welche mein Hauptzweck gerichtet war und welche einer selbstständigen Veröffentlichung bedürfen, noch eine Reihe von Katalog-Auszügen und aphoristischen Notizen mit, welche sich ihrem Wesen nach als Ergänzungen, theilweise auch als Berichtigungen, zu den bekannten Blume'schen, Hänel'schen und Perß'schen Publikationen darstellen.

Wenn ich diese Notizen jetzt der Oeffentlichkeit übergebe, so bestimmte mich vor Allem die Erwägung dazu, daß das Bibliothekswesen zum Theil in Italien noch sehr ungeordnet, daß der Zutritt zu den Schätzen der Bibliotheken hier sehr oft von Zufälligkeiten abhängig ist und daß darum eine möglichst genaue vorherige Kenntniß der einzelnen Handschriften und namentlich ihrer Signaturen unter Umständen von der größten Bedeutung sein kann.

I. Neapel.

a) Die Bibliothek des Museo Borbonico

oder der studj, enthält im Ganzen nicht sehr werthvolle juristische Handschriften. Mein Aufenthalt in Neapel fiel in die Monate Juni, Juli und die erste Hälfte des August 1860, also in eine Zeit, wo noch unter der Bourbonischen Regierung die Benützung der Bibliothek theils durch die vorgängige Einholung einer ministeriellen Erlaubniß, theils aber auch durch zufällige, mit den Persönlichkeiten der einzelnen Bibliotheksbeamten zusammenhängende Umstände erschwert war.